

DIE RHEINPFALZ

NEUSTADTER NACHRICHTEN

Unabhängige überparteiliche Zeitung für



Politik, Kultur, Wirtschaft, Heimat und Sport

Verlag und Redaktion in Ludwigshafen/Rhein, Amtsstr. 7 (Pressehaus), Tel. 620 68, 624 71, 624 90, 633 31; Geschäftsstellen u. Redaktionen: Neustadt/Weinstr., Kellereistr. 12/16, Tel. 25 61/64; Landau: Königstr. 16, Tel. 22 55 u. 25 02; Bergzabern: Königstr. 118, Tel. 1 05; Germersheim: Hauptstr. 20, Tel. 1 63; Speyer: Wormser Str. 47, Tel. 26 53; Frankenthal: Bahnhofstr. 27, Tel. 21 80; Grünstadt: Hauptstr. 19, Tel. 23 33; Kirchheimbollen: Vorstadt 20, Tel. 23 31.

Bad Dürkheim: Kurgartenstraße 20, Tel. 550. Hauptgeschäftsstelle u. Redaktion für die Westpfalz in Kaiserslautern, Pariser Straße 14, Tel. 26 21 - 24. Geschäftsstellen u. Redaktionen: Pirmasens, Ecke Haupt- u. Bahnhofsstr., Tel. 21 00; Zweibrücken: Hauptstraße 43, Tel. 535; Kusel: Marktstraße 8, Tel. 565. Rockenhausen: Gutbrunnstraße 1, Tel. 43. Postversandort Ludwigshafen/Rhein - Die Zeitung erscheint jeden Werktag

Jahrgang 11, Nr. 21 *

Mittwoch, 26. Januar 1955

Einzelverkaufspreis 20 Pfg.

Schulgesetz verabschiedet

Der rheinland-pfälzische Landtag nahm gegen die Stimmen der SPD das Volksschulgesetz an

Große Etatrede des Finanzministers

Mainz (Eig. Drahtbericht / DPA). Die Verabschiedung des Volksschulgesetzes und die Etatrede des Finanzministers standen gestern im Mittelpunkt der Sitzung des Landtags von Rheinland-Pfalz. Als eine der letzten Sitzungen der Legislaturperiode brachte sie zugleich einen Höhepunkt der Arbeit des Landtags, der am 15. Mai neu gewählt werden wird.

Das Volksschulgesetz wurde mit den Stimmen aller Abgeordneten der Koalitionsparteien gegen die der sozialdemokratischen Opposition angenommen. Ein SPD-Antrag, den Absatz eins des Paragraphen 67 zu streichen, wurde in namentlicher Abstimmung mit 62 gegen 38 Stimmen abgelehnt. Es handelt sich hierbei um die besonders angegriffene Bestimmung: „Der Lehrer muß die Voraussetzungen erfüllen, die sich aus der jeweiligen Schulart ergeben“ in der die SPD eine Verletzung der Freiheit des Lehrers sieht.

Für die SPD wies der Abgeordnete Kuhn auf die verschiedenen Differenzen hin, die sich während der Beratungen des Gesetzes zwischen den beiden Koalitionsparteien ergaben. Dabei erhob er gegen die Freien Demokraten den Vorwurf, als „Trabanten der CDU“ ihre alten liberalen Grundsätze

verraten zu haben. Das Gesetz gewährleiste nach Ansicht der SPD nicht die demokratischen Rechte des Lehrers. Die SPD sei nicht davon überzeugt, daß das Gesetz die Zustimmung der Öffentlichkeit und der Lehrer finden werde.

Namens der CDU sprach Frau Dr. Gantenberg dem Gesetz ihre Zustimmung aus. Es sei von Anfang an nicht beabsichtigt worden, mit diesem Gesetz eine Revolution des Schulwesens einzuleiten. Es solle vielmehr die Grundlage eines weiteren Aufbaues sein. Zukunftweisend sei vor allem die Errichtung des Schulausschusses. Wenn auch in dem Gesetzestext vom Kind nicht viel geredet werde, so stehe doch das Kind im Mittelpunkt dieses ganzen neuen Gesetzes.

Für die FDP wies der Abgeordnete Martenstein die von der SPD erhobenen Vorwürfe eines Verrats der Idee zurück. Die FDP habe

sich nur auf Grund der durch die Verfassung gegebenen Notwendigkeiten zu einer Mitarbeit an dem Gesetz bereitgefunden. Selbstverständlich würde auch sie den Erhalt der Simultanschule lieber sehen. Auch seiner Fraktion wäre es angenehmer, wenn die Unterscheidung zwischen Konfessions- und Simultanschule nicht in dem Gesetz aufgetaucht wäre. Durch ihre Mitarbeit bei der Beratung des Gesetzes habe aber die FDP erreicht, daß wesentliche Änderungen zugunsten ihrer Auffassung vorgenommen werden konnten.

Kultusminister Dr. Finck sprach abschließend allen an der Ausarbeitung des Gesetzes Beteiligten seinen Dank aus. „Wir hatten nie den Ehrgeiz, einen Gesamtschulreform durchzuführen.“ Die Regierung habe sich bemüht, das bewährte Alte in dem Gesetz zu erhalten und die rechtliche Einheit des Schulwesens im Lande herzustellen. „Dieses Gesetz ist gut und wird sicher seine guten Früchte zeigen.“

Ausgeglichener Landeshaushalt

Mit der großen Etatrede von Finanzminister Dr. Nowack begannen die Beratungen (Fortsetzung Seite 2, Spalte 3 und 4)

Ruinen der Leichtfertigkeit

hb-Neustadt/Weinstraße (Eigene Meldung). Vor 300 Referenten der Wohnungsbehörden des pfälzischen Regierungsbezirks wandte sich gestern in Neustadt an der Weinstraße Ministerialrat Dr. Maiborg vom Sozialministerium Rheinland-Pfalz gegen die vielverbreitete Unsitte, Bauten in der Hoffnung auf eine Zuteilung an Landesdarlehen übereilt zu beginnen. Die bei Versagung der Darlehen in den ersten Bauabschnitten steckengebliebenen Bauten nannte der Ministerialrat die neuen Ruinen der Leichtfertigkeit. Maiborg kündigte Bestimmungen der Landesregierung an, wonach künftig bereits begonnene Bauten staatlich nicht mehr gefördert werden können. Er gab ferner eine Neuaufschlüsselung für Mittel des sozialen Wohnungsbaus in Rheinland-Pfalz bekannt. Die Mittel sollen in Zukunft nach dem Wohnungsfehlbestand verteilt werden. Zerstörte Städte werden dabei Sonderzuteilungen erhalten.

Landtag dankt für Hochwasserhilfe

Mainz (DPA). Unter dem Beifall des Hauses dankten Ministerpräsident Altmeier und die Abgeordneten Dr. Hans Moser (CDU) und Franz Böglner (SPD) den zahlreichen freiwilligen Helfern aus den Reihen der Bevölkerung, der Bereitschaftspolizei, der Feuerwehr und den Vereinen und Verbänden sowie der Besatzungsmacht für ihre Hilfe bei der Abwehr des Hochwassers. Ohne diese Bereitschaft der gesamten Bevölkerung, helfen zu wollen, würde man heute einer unübersehbaren Katastrophe gegenüberstehen. Zwei Anträge der CDU und der SPD, in denen von der Landesregierung die Vorlage von Plänen zur besseren Abwehr von Hochwassergefahren gefordert wird, wurden einstimmig angenommen. Ministerpräsident Altmeier begrüßte die Anträge und sagte zu, daß die Landesregierung einen Zentralplan vorlegen werde.

Milde Urteile in Belgard

Belgrad (DPA). Nach 16stündiger Verhandlung wurden die beiden ehemals führenden jugoslawischen Kommunisten Milovan Djilas und Wladimir Dedijer von einem belgradischen Gericht am späten Montagabend zu Gefängnisstrafen mit Bewährungsfrist verurteilt. Das Gericht sprach den ehemaligen jugoslawischen Vizepräsidenten Djilas und Tito-Biographen Dedijer schuldig, „feindselige Propaganda“ verbreitet zu haben. Djilas erhielt 18 Monate Gefängnis mit dreijähriger Bewährungsfrist, Dedijer sechs Monate Gefängnis mit zweijähriger Bewährungsfrist. Beide bleiben auf freiem Fuß.

Vereinte Nationen (UP). Spanien wurde gestern formell als ständiger Beobachter bei den Vereinten Nationen zugelassen. Die amtliche Einladung der Weltorganisation wurde durch den Generalsekretär der Vereinten Nationen, Hammarskjöld, dem spanischen Botschafter überreicht.

Scharfe Auseinandersetzungen

Stellungnahmen der Parteien bringen neue Höhepunkte

Bonn (UP). Zwei Tage vor der Rückkehr Bundeskanzler Konrad Adenauers nach Bonn hat die Auseinandersetzung um die Pariser Verträge mit Erklärungen fast aller Parteien einen neuen Höhepunkt erreicht.

Im Mittelpunkt der politischen Arbeit in Bonn standen gestern drei Ereignisse:

1. Eine Rundfunksprache des Oppositionsführers Erich Ollenhauer, in der er dem Bundeskanzler falsche Interpretation der jüngsten sowjetischen Erklärung vorwarf und ihn erneut zu einer Intervention bei den Westmächten für Verhandlungen mit Moskau als einer möglichen Chance für eine Verständigung aufforderte.

2. Die FDP-Bundestagsfraktion setzte sich mit ihren beiden Mitgliedern Willy Max Rademacher und Friedrich Middelhaue auseinander, die abweichend von der Linie Adenauers unverzüglich mit dem Krenl verhandeln wollen. Die FDP-Fraktion gelangte zu der Überzeugung, daß in der Moskauer Erklärung kein Grund zu sehen sei, den Ablauf der Ratifizierung des Vertragswerks zu unterbrechen. Als eine Konzession an die beiden Abgeordneten nahm die Fraktion aber den Standpunkt ein, daß die Ernsthaftigkeit des jüngsten sowjetischen Angebots unverzüglich unter westdeutscher Mitwirkung auf diplomatischem Wege geklärt werden sollte.

3. Die BHE-Bundestagsfraktion legte die seit langem schwelenden persönlichen Differenzen um den Parteigründer Waldemar Kraft bei.

Ollenhauer läßt nicht locker

Ollenhauer, der 48 Stunden vorher dem Bundeskanzler in ähnlichem Sinne einen Brief geschrieben hatte, faßte die Besorgnis seiner Partei noch einmal in die Worte zusammen: „Wer will es verantworten vor den Menschen

der Sowjetzone, die nur durch die Verständigung über eine Wiedervereinigung auf der Basis der freien Wahlen aus Not und Bedrängung erlöst werden können, daß wir jetzt, da es noch Zeit ist, eine mögliche Chance für eine Verständigung ungenutzt vorbeigehen lassen. Vielleicht ist es nur eine Chance, aber in unserer Lage ist das viel.“ Kurze Zeit später warf der CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende Heinrich von Brentano dem Oppositionsführer Neutralisierungspolitik vor.



Fotos von den US-Gefangenen in Rotchina brachte der Generalsekretär der UN, Dag Hammarskjöld, von seinem Besuch bei Mao Tse Tung mit. Die Aufnahmen wurden von einem rotchinesischen Fotografen gemacht und zeigen die amerikanischen Gefangenen in winterfesten Uniformen beim Ballspiel zwischen den Baracken ihres Lagers. Rotchina gab jetzt auch die Erlaubnis zu Verwandtenbesuchen bei den Gefangenen. — Paris wurde von der schlimmsten Hochwasserkatastrophe seit dem Jahre 1910 heimgesucht. Auch Ministerpräsident Mendès-France (zweiter von links) orientierte sich laufend „in vorderster Linie“ über den „Feldzug gegen die Fluten“. Unser Bild zeigt ihn zusammen mit seinem Innenminister Mitterand (links) an der Wasserfront von Paris. (DPA/Keystone)



„Politik der Stärke“

Von Leo Barth

Als in der vergangenen Woche der „Vier-Sterne-General“ Hoge sich in einer Pressekonferenz verabschiedete, sahen sich die Journalisten einer riesigen Europakarte gegenüber, die fast die ganze Stirnwand im Konferenzsaal des Heidelberger Hauptquartiers einnimmt. Sie umfaßt allerdings nicht den ganzen Kontinent, sondern nur Frankreich, die Beneluxstaaten, Deutschland, Polen, die westlichen Randgebiete der Sowjetunion und was sonst an Landteilen im Norden und Süden dieses West-Ost-Streifens angrenzt. Aber dieser Streifen ist freilich genau das, was uns „interessiert“ was uns angeht. Wie sehr es uns angeht, wird einem gerade vor dieser Karte bewußt, vor der sonst die Strategen und Taktiker des amerikanischen Hauptquartiers ihre Konferenz- und Instruktionsstunden verbringen.

Man kann sich vorstellen, welche Rolle die Karte bei diesen Beratungen spielt, eine ähnliche nämlich wie der altbekannte Sandkasten bei den Kriegsspielen, die vielen von uns wohl noch in lebendiger Erinnerung geblieben sind. Und wenn in der Diskussion bei jener Pressekonferenz von Verteidigung möglichst weit ostwärts des Rheins, von Atom-Artillerie (deren Verwendung aber noch im Status des Experimentierens sei) und von den german forces, den deutschen Streitkräften gesprochen wurde (die ebenso rasch aufgestellt und einsatzfähig gemacht werden könnten, wie eine amerikanische Armee), dann wurden sich die deutschen Gesprächsteilnehmer gerade vor dieser Karte bewußt, warum wir über solche Dinge, wenn auch nicht eben „eiskalt“ und ohne innere Bewegung, so doch mit einer gewissen Nüchternheit Überlegungen anstellen und diese Überlegungen auch ebenso aussprechen, obwohl wir alle noch vor wenigen Jahren uns geschworen hätten, nie wieder dergleichen auch nur entfernt in Erwägung zu ziehen. Und obschon wir auch heute noch wünschen, wir könnten uns das schwören.

Wir wünschten uns das heute noch, — aber die rote Linie da auf der Karte hat uns einen Strich durch diese Rechnung gemacht. Sie zerriß das farbige Kartenbild, zerriß Europa und Deutschland in zwei Teile, und sie bringt uns hier im Konferenzsaal des amerikanischen Hauptquartiers doppelt eindeutig zum Bewußtsein, wie sehr gerade uns Westdeutsche diese Situation Europas angeht. Nur die allerwichtigsten Städte sind da eingezeichnet, um so deutlicher aber springt uns ins Auge, daß beispielsweise Frankfurt, das doch einmal im Westen Deutschlands lag, heute näher am Eisernen Vorhang als an der Westgrenze der Bundesrepublik liegt. Und Frankfurt wäre doch mit seiner wenigstens gewissermaßen zentralen Lage immer noch eher als Hauptstadt der Bundesrepublik verständlich als Bonn, das sich da im Nordwesten so recht als Provisorium im Provisorium unseres Staatsgebildes auszuweisen scheint, eines seltsam formlosen Gebildes, das auf Ergänzung durch die verlorenen Provinzen wartet, um erst zum eigentlichen Leben eines Staatsvolkes wieder zu erwachen.

Aber Deutschland besteht heute nicht aus zwei gleichen, zwei gleichwertigen, gleichartigen Teilen, zwischen denen nur der trennende Vorhang beiseitezuschieben wäre, um die ersehnte Einheit wiederherzustellen. Leider ist es nicht so, sonst brauchte man jetzt wirklich nur die Sowjets „beim Wort zu nehmen“ Unsere Einheit kann heute nicht zwischen Bonn und Pankow ausgehandelt werden, auch nicht zwischen Bonn und Moskau, sie ist ein Problem der Weltsituation, und in dieser haben wir uns für die freien Völker entschieden. Wir taten das ja aber nicht, weil wir zufällig ohnehin westlich des Eisernen Vorhangs verblieben, sondern weil es Deutschlands geschichtlichem Sein entspricht.

Daß wir immer wieder Gefahr laufen, das zu vergessen, ist wohl noch eine besonders leidige Hinterlassenschaft unseres Zusammenbruchs, der uns, zumal unter der Diffamierung durch die Gegner, dazu verführte, mit unserer nun einmal nicht zu verteidigenden jüngsten Geschichte unsere ganze Vergangenheit beiseite zu schieben und uns dann noch einzubilden, wir hätten nun die notwendige Auseinandersetzung mit der Ge- (Fortsetzung Seite 2, Spalte 5)

DER WETTERBERICHT

Wechselhaft und mild

Wetterlage: Das unsr ruhige Wetter bestimmende Hoch zerfällt jetzt rasch und verlagert sich weiter nach Süden. Die kalten Luftmassen sind aber doch so träge, daß sie den milden Meeresluftmassen noch Widerstand leisten. In der Höhe setzt sich bereits Milderung durch, in den tieferen Lagen wird es noch einige Zeit dauern.

Aussichten: Vorwiegend starke Bewölkung. Anfangs noch vielfach dunstig-trübe und kalt, zum Teil auch am Tage unter null Grad. Im weiteren Verlauf vorübergehend etwas Regen, örtlich mit Glatteis, dann erhebliche Milderung. Winde schwach auf Südwest einspielend. (Wetteramt Neustadt.)